
N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 1

Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz

am 05.03.2012

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Carsten Jaksch-Nink (SPD)

Dirk Kolar (SPD)

Sascha Kudella (SPD)

Gerd Oldenburg (SPD)

Bärbel Schmidt (SPD)

Brunhilde Weinhold (SPD)

Claudia Gebhard (CDU)

Ute Gössing (CDU)

Paul-Heinz Kranemann (CDU)

Elke Middendorf (CDU)

anwesend bis 17.00 Uhr

Hans-Ulrich Bangert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Andrea Hosang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieter Reichwald (DIE LINKE.)

Helmut Stalz (FWG)

Michael Klostermann (FDP)

sachkundige Bürger

Sebastian Laaser (SPD)

Carsten Böckmann (CDU)
Martin Niessner (CDU)
Hans-Jürgen Allendörfer (FDP)
Marco Pincus (SPD)
Heiko Haarmann (SPD)

Für die Verwaltung

Herr Hahn, Dez. IV

Krankenhaus Unna

Herr Merfels, L FB 53

KreisSportBundes

Frau Voß, FB 53

Frau Bierwolf-Siegrist, Schriftführerin

Kreistagfraktion

Geschäftsführerin der Kreistagfraktion

GRÜNEN

Gäste und Zuhörer/innen

Frau Kunert, Evangelisches

Herr Hartmann, Geschäftsführer des

Unna e.V.

Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-

Frau Schmidt,

BÜNDNIS 90/DIE

Herr Kolar begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner/innen

Punkt 2

Selbsthilfefreundliches Krankenhaus

-mündlicher Bericht-

Punkt 3

Jahresplanungen 2012 des KreisSportBund Unna e.V.

-mündlicher Bericht-

Punkt 4

036/12

Zielvereinbarung zwischen dem Kreistag des Kreises Unna und der Kreisverwaltung Unna zur Früherkennung und Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder

Punkt 5

032/12

Tätigkeitsbericht des Fachbereiches Gesundheit und Verbraucherschutz für das Jahr 2011

Punkt 6

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 7

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner/innen

Fragen von Einwohnerinnen oder Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2

Selbsthilfefreundliches Krankenhaus

-mündlicher Bericht-

Erörterung

Frau Kunert, GesundesUnna, Evangelisches Krankenhaus Unna, und Frau Voß, K.I.S.S., stellen den Bericht anhand einer Folienpräsentation vor, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist.

Die Zusammenarbeit und das Projekt seien Ende des Jahres 2008 begonnen worden. Erreicht werden solle, dass die Patientinnen und Patienten des Krankenhauses gezielt über die Möglichkeiten der Selbsthilfe informiert werden bzw. sich informieren können. Darüber hinaus arbeite das Krankenhaus eng mit den Selbsthilfegruppen und der K.I.S.S. zusammen. Es erfolge eine aktive Unterstützung durch die Bereitstellung von Räumen und Informationen sowie die Begleitung der Gruppen. Die Selbsthilfeorientierung stelle ein Qualitätsmerkmal dar, für dessen Umsetzung das Krankenhaus das Qualitätssiegel nach dem Hamburger Modellprojekt „Qualitätssiegel SH-freundliches Krankenhaus“ erhalten habe. Dort seien acht Kriterien

entwickelt worden, die Voraussetzung zur Erlangung dieses Qualitätssiegels seien und die das Evangelische Krankenhaus erfülle (Folien 9 bis 13).

Das in Unna angesiedelte Projekt habe sich über eine Laufzeit von drei Jahren bis Ende 2011 erstreckt und sei durch den Landesverband NRW der Betriebskrankenkassen sowie durch die Agentur Selbsthilfefreundlichkeit NRW und „DER PARITÄTISCHE“ unterstützt worden. Das Krankenhaus setze diese Arbeit über das Projektende hinaus fort, die Stelle der Selbsthilfebeauftragten werde weiterhin vorgehalten und die Zusammenarbeit mit der K.I.S.S. erfolge nach wie vor.

Im Anschluss an den Vortrag werden Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet.

Herr Oldenburg regt an, die Zusammenarbeit um weitere Felder der Selbsthilfe zu erweitern. Es handele sich hier um eine zukunftsweisende Art des Miteinanders von Krankenhaus, Patienten und Selbsthilfegruppen.

Lt. Frau Gebhardt sei im Rahmen der Veränderungen im Gesundheitssystem die Erweiterung der stationären und ambulanten Versorgung um die Selbsthilfe als Verbesserung der Patientenorientierung zu begrüßen.

Herr Hahn ergänzt den Vortrag um die Information, dass das Evangelische Krankenhaus Unna eines der ersten Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen gewesen sei, das sich zur Selbsthilfeorientierung als Qualitätskriterium verpflichtet habe. Die Selbsthilfe sei ein wichtiges Kriterium der ärztlichen Versorgungskette.

Punkt 3

Jahresplanungen 2012 des KreisSportBund Unna e.V.

-mündlicher Bericht-

Erörterung

Herr Hartmann, Geschäftsführer des KreisSportBundes Unna e.V. (KSB), stellt anhand einer Folienpräsentation, die der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt ist, die Projektplanungen für das Jahr 2012 vor. Den Komplex der Aus- und Fortbildungen lasse er bei seinem Vortrag außen vor. Er weise aber darauf hin, dass die Anregung aus dem Ausschuss bei seinem letzten Vortrag zu diesem Thema aufgegriffen und umgesetzt worden sei. So fänden jetzt auch im Nordkreis und zwar in Lünen und Werne entsprechende Veranstaltungen statt. Ein weiterer Ausbau sei in Vorbereitung.

Sodann stellt er einzelne Projekte vor:

Bewegungskindergärten mit dem Pluspunkt Ernährung gebe es derzeit 13 im Kreisgebiet. Mit dem Landessportbund (LSB) sei vereinbart, die Anzahl bis 2015 auf 30 zu erhöhen. Eine Beratungsstelle für interessierte Kindergärten sei beim KSB eingerichtet und werde durch den LSB finanziert.

Die Kooperation mit dem Märkischen Berufskolleg Unna sei in diesem Jahr auf 2 Ausbildungsgänge für Erzieherinnen und Erzieher ausgedehnt worden. Auf diesem Weg solle die Idee der Bewegungskindergärten in die Einrichtungen transportiert werden.

Neu in diesem Jahr sei eine Kooperation mit der Unnaer Kreis-, Bau- und Siedlungsgesellschaft (UKBS). Die UKBS wolle die Kinder ihrer Mieter dahin gehend unterstützen, dass sie an sportliche Betätigungen heran geführt bzw. in Sportvereinen gehalten werden können. Dazu würden für die Dauer von 3 Jahren jährlich

steigende Zuschüsse zu den Vereinsbeiträgen gezahlt. Der KSB habe das Angebot in die Vereine transportiert. Erste Anträge lägen bereits vor. Zudem finde am 16. Juni in Kamen ein Sportfest für die Mieter der UKBS statt, bei dem sich die Vereine mit ihren Angeboten präsentieren werden.

Am 15. September werde eine Fachtagung „Sexualisierte Gewalt im Sport“ gemeinsam mit dem FLVW, dem LSB und der Kreispolizeibehörde im Sportzentrum Kaiserau durchgeführt.

Im Bereich der Gesundheitsförderung für Erwachsene solle im Rahmen des behördlichen Gesundheitsmanagements ein Kooperationsvertrag mit der Kreispolizeibehörde Unna geschlossen werden. Geplant seien Veranstaltungen zum Deutschen Sportabzeichen, die Schaffung von Stützpunkten, die Durchführung von Aktionstagen sowie das Angebot der Lizenzausbildung für die Polizeiprüfer.

Es gebe seit Ende vergangenen Jahres einen Inklusions- und Integrationsbeauftragten. Zur Entwicklung eines Leitfadens zur Inklusion werde Ende März ein Workshop für die Sportvereine und -verbände angeboten. Im Herbst sei zudem eine Qualifizierung für Übungsleitungen zur Arbeit mit behinderten Sportlern vorgesehen.

Im Bereich der Integration solle erstmalig eine Übungsleiterausbildung für Frauen mit Migrationshintergrund durchgeführt werden.

Der Vortrag zeige, dass der Zuschuss des Kreises sinnvoll eingesetzt werde, so Herr Jaksch-Nink. Es gebe ein Projekt zwischen der Landesregierung und dem Landessportbund zur Verbesserung der Schnittstelle zwischen Sportvereinen und Schulen/Kitas. Hier seien Mittel für Personal bereit gestellt worden. Ihn interessiere, ob der KSB einen Antrag zur Beteiligung an diesem Projekt gestellt habe.

Herr Hartmann teilt mit, dass ein Antrag gestellt worden sei, der gute Aussicht auf Berücksichtigung habe.

Sodann werden weitere Nachfragen der Ausschussmitglieder beantwortet.

Punkt 4

036/12

Zielvereinbarung zwischen dem Kreistag des Kreises Unna und der Kreisverwaltung Unna zur Früherkennung und Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder

Erörterung

Herr Hahn erläutert kurz den Inhalt der Sitzungsvorlage. Er weist darauf hin, dass es einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gebe, der sich auf die Zielvereinbarung beziehe. Die Federführung in dieser Angelegenheit liege beim Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie. Er schlage daher vor, die abschließende Vorberatung in dessen morgiger Sitzung zu führen. Vorab gebe er bekannt, dass von Seiten der Verwaltung eine Formulierungsveränderung des Punktes 1.3 der Zielvereinbarung vorgelegt werde.

Dieser Vorschlag wird in schriftlicher Form an die Ausschussmitglieder verteilt.

Frau Gebhard teilt mit, dass die CDU-Fraktion den Beschlussvorschlag mittrage. Wichtig sei ihrer Fraktion und zwar nicht nur an dieser Stelle, über die Einführung von Kennzahlen die Wirkung der eingesetzten Ressourcen messbar zu machen. Ein entsprechender Antrag für alle Bereiche liege bereits vor. Sie habe für die Vereinbarung zur Frühförderung einen Vorschlag erarbeitet (s. Anlage 3 zur Niederschrift), der für die

Sitzung des Kreistages noch weiter aufbereitet und als Antrag eingebracht werden solle. Grundsätzlich müssten Kennzahlen Bestandteil der Budgets und damit des jährlichen Haushaltsbeschlusses werden. Nur so könne eine gezielte Steuerung durch die politischen Gremien erfolgen.

Lt. Herrn Hahn gebe es eine verwaltungsinterne Zielsetzung, nach der sukzessive alle Bereiche in ihre Budgets Kennzahlen aufnehmen werden. Es werde damit für das kommende Haushaltsjahr in einem Bereich und zwar dem Fachbereich Straßenverkehr begonnen.

Die FWG-Gruppe stimme der Vorlage mit den vorgeschlagenen Änderungen zu, so Herr Stalz . Er weise darauf hin, dass es eine Vereinbarung aus einem interfraktionellen Gespräch gebe, wonach im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie im September 2012 über Fall- und Kennzahlen berichtet und unter Beteiligung der Anbieter der Frühförderung diskutiert werden solle.

Lt. Frau Hosang sei die in der Zielvereinbarung unter Punkt 3.4 gewählte Formulierung kein hinreichendes Kriterium für die vom Kreistag geforderte Niederschwelligkeit des Angebots. Des weiteren fehle unter Punkt 3.1 eine Definition des Zeitraums zwischen dem ersten Beratungsgespräch und der Diagnose. Zu Punkt 1.3 liege ein Antrag ihrer Fraktion vor, der sich auf eine Änderung der Rechtsgrundlage beziehe. Dies habe, soweit sie das nach erster Betrachtung beurteilen könne, durch den Vorschlag der Verwaltung Berücksichtigung gefunden. Sie wolle dies aber erst genauer prüfen und in der Fraktion für die morgige Sitzung besprechen, so dass sie sich heute bei der Abstimmung enthalten würden.

Herr Hahn weist zum Punkt 3.1 der Zielvereinbarung darauf hin, dass die Formulierung bedeute, dass innerhalb von 10 Arbeitstagen ein erstes Beratungsgespräch durchgeführt werde und dann innerhalb von 30 Tagen eine Diagnostik mit einer Bescheidung erfolge. Ausnahmen davon gebe es nur, wenn besondere Begutachtungen notwendig würden.

Frau Gebhard merkt an, dass sie es im Falle des Punktes 3.2 der Zielvereinbarung für notwendig halte, die Jugendhilfe über die Nichtinanspruchnahme zu informieren.

Nach Aussage von Herrn Hahn stehe hier der Datenschutz entgegen. Er halte dies für wünschenswert, es sei aber aus rechtlichen Gründen nicht möglich.

Nach Abschluss der Diskussion wird der Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung des Änderungsvorschlages zur Zielvereinbarung zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung gestellt.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird vorgeschlagen, dem Kreistag folgenden Beschluss zu empfehlen:

Die Vorsitzenden der Ausschüsse für Arbeit, Soziales und Familie sowie Gesundheit und Verbraucherschutz werden beauftragt, mit der Verwaltung die in der Anlage beigefügte Zielvereinbarung zur Früherkennung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt (2 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Punkt 5

032/12

Tätigkeitsbericht des Fachbereiches Gesundheit und Verbraucherschutz für das Jahr 2011

Erörterung

Nach kurzer Erläuterung der Sitzungsvorlage durch Herrn Hahn werden Nachfragen der Ausschussmitglieder beantwortet.

Frau Gebhard regt an, bei Suchterkrankungen Informationen an Jugendämter weiter zu geben, wenn Kinder in den Familien vorhanden seien.

Herr Merfels erläutert, dass die Berater der Schweigepflicht unterlägen und nur im Einzelfall bei Vorliegen einer Kindeswohlgefährdung tätig werden dürften. Ansonsten würden sie sich strafbar machen.

Des Weiteren schlägt sie vor, in Bereichen, in denen Prüfungen vorgenommen werden, Kooperationen mit anderen Gesundheitsämtern einzugehen.

Lt. Herrn Merfels erfolge dies bereits bei den Prüfungen zur Heilpraktikerzulassung. Diese würden seit Jahren durch die Stadt Dortmund abgenommen. Es gebe zur Zeit Überlegungen, zentrale Prüfungen über die Landeshauptstadt Düsseldorf durch zu führen. Mit einem Ergebnis sei im nächsten oder übernächsten Jahr zu rechnen.

Für den Bereich der aufsuchenden Hilfen im Rahmen der Suchthilfe schlägt Frau Gössing vor, in Lünen die Einrichtung „Dach über den Kopf“ einzubeziehen.

Dies werde geprüft, so Herr Merfels.

Punkt 6

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Herr Hahn macht folgende Mitteilungen:

1. Anregung der FWG-Gruppe zur „Klasse 2000“

Im Dezember 2011 sei durch Herrn Stalz die Anregung erfolgt, kreisweit alle Grundschulen für das Projekt zu gewinnen. Zum damaligen Zeitpunkt habe eine Befragung aller Grundschulen stattgefunden. Inzwischen lägen fast alle Rückmeldungen vor. Danach gebe es durchaus weitere interessierte Schulen. Es sähen aber nicht alle befragten Schulen für sich die Möglichkeit zur Teilnahme. Zudem sei bei Schulen, die bisher teilgenommen hätten, eine Fortführung des Projekts aufgrund fehlender Sponsoren bzw. Ressourcen nicht möglich. So habe zwar die Teilnahmezahl insgesamt erhöht werden können, aber es sei nicht möglich, alle Schulen einzubeziehen.

2. Präventionsprojekt

Der Kreis habe sich unter Federführung des Fachbereiches Familie und Jugend um die Teilnahme an dem Projekt „Präventionsketten“ des Landes beworben und den Zuschlag erhalten. Das Projekt werde in Kooperation mit fast allen Kommunen des Kreises, mit Ausnahme von Werne und Schwerte,

durchgeführt. Das Auftaktgespräch finde am 09.03. statt. Für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.03. gebe es eine umfangreiche Sitzungsvorlage. Der Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz werde im Bereich der gesundheitlichen Prävention in das Projekt mit einbezogen. Über die Umsetzung des Projektes solle auch in diesem Ausschuss berichtet werden.

Herr Oldenburg regt an, einen Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung zum Thema „Umfang der psychiatrisch-neurologischen Versorgung im Kreisgebiet und deren Zukunftsperspektive“ einzuladen. In diesem medizinischen Fachbereich läge eine massive Unterversorgung vor.

Herr Böckmann ergänzt dies um den Bereich der psychologischen Psychotherapie. Auch dieser müsse mit einbezogen werden.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 7

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Ende der Sitzung 17.50 Uhr

Anlagen

1. Folienvortrag „Auf dem Weg zum Selbsthilfefreundlichen Krankenhaus“
2. Folienvortrag „Projektarbeit 2012 – KreisSportBund Unna e.V.“
3. Vorschlag zur Festlegung von Kennzahlen im Bereich der Frühförderung

Kolar

Bierwolf-

Siegrist

Vorsitzender

Schriftführerin